

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0072/2006**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 10.05.2006

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - AI -/1032
Verfasser/-in: SPD-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat	15.05.2006	Zur Kenntnisnahme
Stadtverordnetenversammlung	18.05.2006	Entscheidung

Betreff:

Studiengebühren

- Antrag der SPD-Fraktion vom 09.05.2006 -

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert, sich bei der Hessischen Landesregierung dafür einzusetzen, von der geplanten Einführung allgemeiner Studiengebühren abzusehen.

Bildung ist keine Ware, sondern ein öffentliches Gut. Um dies weiterhin sicherzustellen, sollte auch in Zukunft allen jungen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft ein gebührenfreies Studium ermöglicht werden. Die Hochschulfinanzierung muss daher auch in Zukunft gesamtgesellschaftlich aus Steuermitteln erfolgen.

Begründung:

Der Senat der Universitätsstadt Gießen, der Präsident der JLU Prof. Hormuth, der Präsident der Fachhochschule Gießen – Friedberg, Prof. Grabatin sowie die Allgemeine Studierendenvertretung (AStA) der JLU haben in Beschlüssen und Erklärungen einhellig die geplante Einführung allgemeiner Studiengebühren abgelehnt. Als Argument wurde angeführt, dass Studiengebühren sozial ungerecht sowie bildungs-, gesellschafts- und verfassungspolitisch problematisch seien. .

Gießen ist die Stadt mit der größten Studierendendichte Deutschlands. Unsere Stadt lebt

mit und durch ihre Studierenden und sollte sich im Schulterschluss mit ihrer Universität und ihrer Fachhochschule für die Interessen der Studierenden einsetzen.

gez. Grabe-Bolz
Fraktionsvorsitzende